

Asse - ein Krimi

"Atomendlagerung" zwischen Vertuschung und Explosionsgefahr

Fast täglich gibt es neue Meldungen aus dem faktischen Endlager für schwach und mittelaktive atomare Abfälle Asse in Niedersachsen, das seit 1967 in Betrieb war. Neue radioaktive Laugensümpfe werden entdeckt, ehemalige Asse-Arbeiter, die an Krebs erkrankt sind, berichten von ihrer Tätigkeit untertage ohne die sonst im Bergbau vorgeschriebenen Dosimeter. Auch verseuchte Tierkadaver wurden offenbar in dem ehemaligen Kali- und Salzbergwerk eingelagert. Bislang war auch nicht bekannt, dass Giftmüll wie Arsen und Pflanzenschutzmittel hier untergebracht wurden. Erst ab 1972 stand für chemotoxische Abfälle die Untertagedeponie im hessischen HerfaNeurode zur Verfügung. Ein Giftcocktail wurde in der Asse zusammengemixt, dessen Bestandteile immer noch nicht bekannt sind.

Dazu stellt sich heraus, dass neben Kammern mit Atommüllfässern Sprengstoffe gelagert werden. Nach Ansicht des Göttinger Chemie-Professors Rolf Bertram entsteht dadurch das Risiko einer Explosionsgefahr.

Den wohl brisantesten Teil des Asse-Inventars stellt das eingebrachte Plutonium dar. Statt der bislang zugegebenen 9 kg wurde die Einlagerung von mindestens der dreifachen Menge nachgewiesen. Man bedenke, bereits 1 kg gut verteilt könnte die gesamte Menschheit vernichten. Die Halbwertszeit einiger Plutonium Isotope beträgt mehr als 82 Millionen Jahre.

Viel Zeit bleibt nicht mehr, das Inventar zu klären, die Feuchtigkeit und zusätzlich in Kammern eingebrachtes Gewicht verbiegt bereits Stahlträger. Jederzeit können Teile des Atomklos zusammenbrechen und die Giftfracht unwiederbringlich in die Tiefe reißen. Trocken im Salz sollte der Atommüll eigentlich von der Biosphäre abgeschlossen werden, nun droht die Asse abzusaufen, die Wasserzuläufe sorgen für Gesteinerstörungen im Kaliflöz und die Gefahr ist groß, dass die mit radioaktiven Bestandteilen angereicherte Asselauge in das Grundwasser gelangt oder durch Erdbewegungen an die Erdoberfläche gedrückt wird. Vor einem Jahr stellte die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner (DKP) eine Anfrage an die Landesregierung, die zur Vertuschung aufgebaute Steine ins Rollen brachte: Detailliert forschte Wegner nach Asse-Laugen, die aus dem Bergwerk abgepumpt und zur Flutung in andere Bergwerke des Börsenaufsteigers K+S AG verbracht wurden. Die Anfrage wurde zwar erst im Dezember 2008 beantwortet, aber die Details Stück für Stück zuvor öffentlich zugegeben.

Die vertuschten Vorkommnisse und die fahrlässige Handhabung des Betreibers Helmholtz-Gesellschaft veranlassten den Bundesumweltminister Siegmund Gabriel den Betreiber die

Verantwortung zu entziehen und zu retten, was zu retten ist. Zuständig für die Asse ist seit Januar 2009 das Bundesamt für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit. Durch den Betreiberwechsel wurden weitere Ungeheuerlichkeiten offensichtlich. Der SPD war es nicht mehr möglich, einen geforderten parlamentarischen Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtages weiter zu blockieren. Nun kommt es darauf an, die richtigen Fragen zur rechten Zeit zu stellen, die Verantwortlichkeiten für den Supergau zu klären.

Verantwortlich dafür, die Lüge von der sicheren Atommüllagerung aufrecht zu erhalten, sind viele: Umweltminister von CDU, FDP, SPD und auch Grünen, Beamte in Bergämtern, die hahnebüchene Vorhaben genehmigten, Verwaltungsbeamte, Forscher der Helmholtzgesellschaft und die Strukturen, die das Verdienen an der Asse ermöglichten. Aufträge in der Asse wurden z. B. an die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) vergeben, die auch zuständig ist für Offenhaltung und Betriebsführung des Erkundungsbergwerks Gorleben, der Schachanlage Konrad in Salzgitter sowie die Betriebsführung und Vorbereitung der Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Die GmbH beschäftigt zirka 570 Mitarbeiter und ist zu

75 Prozent Eigentum der Gesellschaft für Nuklear-Service, deren Gesellschafter die Stromkonzerne EON, RWE, Vattenfall sind. Die GNS betreibt auch mehrere oberirdische Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in Gorleben und Ahaus.

Somit verdienen die Stromkonzerne noch zusätzlich an der gescheiterten Entsorgung, statt für sie aufzukommen. Die Sanierung, um eine Rückholbarkeit der Atomfracht aus dem Laugensumpf zu bewerkstelligen, wird teuer werden. Der Bundesumweltminister spricht inzwischen von 4 Milliarden Euro. So nimmt es nicht wunder, dass auch Notfallpläne ausgearbeitet werden, die als Billiglösung die komplette Flutung des Bergwerkes vorsehen.

Vor vier Monaten wurde das Atomgesetz geändert und die Finanzierung der Endlagerung durch den Steuerzahler beschlossen. Von den bislang verausgabten 260 Millionen wurden gerade einmal fünf Prozent zwischen 1976-78 an Gebühren für die Endlagerung von den Anlieferern eingenommen. Im Zuge des rosa-grünen Atomkonsenses wurden 20 Milliarden Euro aus Steuermitteln für die Entsorgung aufgewendet. Bestandteil der Ausstiegsvereinbarungen war die Unantastbarkeit der Rückstellungen.

Bis heute haben die Stromkonzerne aber 27 Milliarden Euro an Rückstellungen zur Entsorgung steuerfrei angelegt. Da fragt man sich doch, warum die SPD des Umweltministers Gabriel in ihrem Wahlprogramm eine "Brennelementesteuer" einführen will. Zu leicht kann eine solche Steuer auf die Stromkunden umgelegt werden. Notwendig ist die Heranziehung der Rückstellungen der Stromkonzerne zur Abwendung der Schäden, die sie selbst in der Asse verursacht haben.

Aber die Suche nach den Hauptverantwortlichen wäre ohne die Erwähnung des DAX Konzerns K+S AG unvollständig. Dieser Konzern wurde mit der Kali und Salzsparte aus der Wintershall ausgegliedert, die im vollen Wissen um die Laugeneinbrüche in den Schacht Asse II

1964 das Bergwerk zur Atommüllagerung an den Bund verkaufte. Er erhielt dafür 600 000 DM und sparte sich die Kosten der Verwahrung. Gleichzeitig sicherte er sich zusätzlich in den folgenden Jahrzehnten Aufträge rund um den Schacht. Letzter Coup war z. B. die Lieferung von 2,2 Millionen Tonnen Salzgrus zur Verfüllung von leeren und mit Atommüll gefüllten Kammern. Allein dieser Auftrag brachte über 20 Millionen Euro ein.

Zur Sicherstellung von Schadenersatzansprüchen gegen den Weltkonzern K+S AG, der ursächlich verantwortlich für den Atomgau in Niedersachsen ist, müssen sofort die gesamten Rückstellungen des Konzerns beschlagnahmt werden. "Die Konzerne sollen blechen - weg mit der Atommafia!" dies können wir wohlbegründet in die Anti-AKW-Aktionen der nächsten Zeit einbringen.

Karin Masche

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)